

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Ved'sche Buchdruckerei
Otto Ved.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postkontonummer: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 251.

Freitag, den 25. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Wilson's neue Antwort.

Der Waffenstillstandsvorschlag soll den Alliierten unterbreitet werden. — Neue Bedingungen zur Sicherheit. — Wilson will nur mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln.

Haag, 24. Oktober.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht:

Vom Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz, ad interim mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Mein Herr! Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutsche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat sowie die Grundzüge einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, daß die deutsche Regierung wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendung Besprechungen zu eröffnen und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgeprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern eines Ministeriums, das die Mehrheit des deutschen Volkes spricht; nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Geheiß der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfinde der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, der Regierung, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzutragen er sich für berechtigt erachtet würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederannahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen. Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Mächte assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermitteln, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundzügen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker völlig wahren würde und das unbedingte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Bedingungen und Grundzüge des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion entspringt.

Der Präsident fühlt, daß es nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen.

So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint es doch nicht, daß die Grundzüge einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind oder daß eine Vörschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein würden.

Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen; daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten noch ungesichert ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als Schrott gelten können, zu mildern, anzuprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und abermals zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre versöhnungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Herrscher Deutschlands.

Falls die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt verhandeln muß mit den militärischen Meistern und mit den monarchistischen Autokraten Deutschlands, oder falls es wahrscheinlich ist, daß sie später hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches mit diesen zu verhandeln haben wird, so muß sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. ges.: Lansing.

Berliner Pressestimmen zur neuen Wilson-Note.

Berlin, 25. Okt. (All.) Der „Vorwärts“ schreibt: Indes wir im eigenen Hause Ordnung schaffen, erwarten wir die Bekanntgabe der Bedingungen für den Waffenstillstand und haben noch einen kurzen Augenblick Zeit zu überlegen, was in dieser Lage das Interesse unseres Volkes erheischt. Für heute mag jenseitig gesagt werden, daß uns die Bedingungen des Waffenstillstandes weniger Kopfzerbrechen verursachen würden, wenn wir die Bedingungen kennen würden, unter denen der Friede zustande kommen soll.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bemerkt: Der Ausspruch über die innerdeutschen Angelegenheiten steht sich Deutschland nicht zu entziehen brauchen, wenn Wilson bereit ist, auch in dieser Frage eines seiner vornehmsten Prinzipien, das des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, zu wahren.

Die „Deutsche Zeitung“ meint: Es gibt nur eine Antwort: Auf zum Kampf bis zum letzten Widerstand. Wir erwarten von der Regierung die selbstverständliche Pflichterfüllung, daß sie die Führung übernimmt und Begeisterung in die Reihen des Volkes trägt. Nur wenn Wilson und die Entente sehen, daß es uns ernst ist mit dem Kampf bis zum letzten, wird noch die Zukunft unseres Vaterlandes und unserer Kinder zu retten sein.

Das „Berliner Tagebl.“ sagt: Soll man verschweigen, daß die Taktik Wilsons, die eine brutale Gewaltverhältnisse ist, die Schwierigkeiten der Situation ungemein vermehrt? Auch wenn Deutschland die Antwort Wilsons mit einer Zustimmung aller seiner Kräfte und mit der Fortsetzung des Krieges beantworten sollte, würden diese Schwierigkeiten in wachsendem Maße weiter bestehen.

Der „Lokalanzeiger“ erklärt: Was hier uns verlangt wird, ist also nicht mehr und nicht weniger als die Zustimmung dazu, daß wir uns einen Waffenstillstand auferlegen lassen, der uns wehrlos macht, einen Waffenstillstand, dessen Bedingungen ausschließlich von der Gegenseite zu diktieren sind und daß wir von vornherein erklären, einen Frieden annehmen zu wollen, dessen Einzelheiten gleichfalls ausschließlich von unseren Feinden festzusetzen sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betont: Die deutsche Regierung sei noch einmal auf das eindringlichste darauf hingewiesen, daß ein Hinziehen dieser Verhandlungen nur immer weiter den Geist an der Front und hinter der Front herabdrücken muß. Deshalb muß die Regierung ihrerseits auf Beschleunigung und Klarheit dringen, daß Wilson seine Bedingungen kennt. Dauernd in der Stellung des demütig Bittenden und Kur-Bittenden zu verharren, ist nicht nur unmöglich, sondern auch militärisch, politisch und moralisch höchst ungewöhnlich.

Deutscher Reichstag.

Dritter Tag der Aussprache.

(105. Sitzung.)

CB. Berlin, 24. Oktober.

Im gutbesetzten Hause herrscht lebhafteste Spannung; man erwartet die Erklärung der Regierung zu den Forderungen, die Polen, Estland und Dänemark gestellt gemacht haben. Dr. Solf erteilt diese Antwort im Sinne der neuen Regierung. Im übrigen zeigte die Sitzung das übliche Bild der Tage, an denen große politische Aussprachen stattfinden.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratstische: v. Papen, Dr. Solf, Scheidemann, Erzberger.

Die gestrige Beratung der Entwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf: Der Redner des Zentrums hat vorgestern unsere Truppen in Schach genommen gegenüber dem schweren Vorwurf, daß sie beim Rückzug durch Plündern und Raubverbrechen

Völkerrechtswidrige unmenschliche Handlungen

sich hätten zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem Herrn Redner recht gibt. Im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat der spanische Generalmajor, Marquis de Villalobar, am 18. Oktober gemeinschaftlich mit dem Vertreter der französischen Interessen, dem niederländischen Geschäftsträger Herrn van Vollenhoven, dann mit einem Vertreter des Ernährungsausschusses in Belgien, Dr. de Weert, die deutschen Militärbehörden alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern. (Hört! Hört!) Sie haben im einzelnen festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Plünderung Schutz zu gewähren (Hört! Hört!), ihre Ernährung sicherzustellen und die humanitären zu retten. Der Staatssekretär wandte sich dann zu den von Polen, Estland und Dänemark aufgeworfenen Fragen. (An anderer Stelle wiederzuerholen.)

Nach dem Staatssekretär Dr. Solf ergreift das Wort Kriegsminister v. Scheidt: Nachdem der Kaiser und Königin mich zum Kriegsminister ernannt hat, habe ich heute zum erstenmal die Ehre, in dieser Eigenschaft vor diesem hohen Hause zu sprechen, in tiefsten, schweren Tagen, aber nicht in verzweifelten Tagen, und daß es nicht verzweifelte Tage werden, das liegt bei uns, bei unserem Volk, unserer Volkswirtschaft und Tüchtigkeit. (Beifall.)

Das Meer ist nicht geschlossen.

Die Debatte ist nicht zusammengebrochen. (Beifall.) Überall sind die Kräfte vorhanden, geeignet, uns zu erfolgreichem Widerstand zu befähigen. Diese Kräfte zu beleben, sie stets dem Frontkampf dienlich zu machen, ist meine vornehmste Aufgabe. Der Kriegsminister bittet um das Vertrauen des Hauses und erklärt, daß er jeder Kritik Rede und Antwort stehen werde, wenn sie sachlich sei. Es ist behauptet worden, 1918 seien die Munitionsbestellungen vermindert worden. Diese Behauptung ist falsch. Der Zustand ist folgender: Im Herbst 1914 wurde das Graugussgeschloß als Aushilfe eingeführt. Diese Aushilfe mußte aufhören, als die Herstellung der Stahl- und Stahlgussgeschosse zahlenmäßig auf der Höhe war. Das war 1916 der Fall. Mit diesem Zeitpunkt mußten also die Bestellungen an Aushilfsgeschosse vermindert werden. Verminderungen in der Graugussbestellung haben wohl in einzelnen betroffenen Industriebetrieben den Eindruck allgemeiner Verminderung hervorgerufen. Die Gesamtproduktion der Munition ist in keinem Ausmaß gesunken. Der Munitionsnachschub ist dauernd ungebrochen und entspricht trotz hohen Munitionsverbrauches und trotz Munitionsverlusten in vollem Umfang den Erfordernissen der Kriegsführung. (Beifall.)

Die Panzerwagen

Die Forderung zu stellen, daß sie in jedem Gelände fahren und auch schwierige Hindernisse überwinden können. Wir hatten schon vor dem Kriege Panzerwagen, aber sie erfüllten diese Forderungen nicht. Erst die amerikanische Erfindung der endlosen Kettenketten brachte die Lösung. 1918 erhielten die ersten Panzer an der englischen Front an der Somme. Sofort setzten dann die Vorarbeiten für deutsche Panzerwagen bei uns ein, und im Mai 1917 waren die ersten Panzerwagen fertig. Eine Herstellung in weitem Umfang war bei uns nicht möglich, da die Industrie durch das Hindenburgprogramm voll in Anspruch genommen war. Wir waren in dieser Beziehung im Nachteil, weil den Feinden die Industrien der ganzen Welt zur Verfügung standen. Dafür wurde sofort der Panzerbau in großem Maße gefördert und ständig erfolgreich weiter ausgebaut. Dr. Erzberger hat unteren kriegstechnischen Dienst beigemacht. Ich erinnere demgegenüber an die schweren Stellungsgeschütze, die zu Beginn des Krieges eine erhebliche Rolle gespielt haben. Ferner weise ich auf die schweren Geschütze hin, deren große ballistische Leistungen noch vor kurzem die Welt in Staunen gesetzt haben. Ich schreibe mit der Bitte um Vertrauen und um Hilfe. Der Reichskanzler hat gesagt, daß wir dem Meer Menschen, Mittel und Mut zuführen müssen. Dazu können Sie beitragen hier und im Lande, und daran müssen Sie alle mitarbeiten. Wir müssen jetzt, wenn die Notwendigkeit dazu sich ergibt, unter Umständen dem Vernichtungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfwillen entgegenstellen. (Leb. wiederholter Beifall rechts. — Unruhe und Durst links.)

Abg. Noke (Soz.): Der Kriegsminister hat offenbar noch immer nicht begriffen, um was es sich in Deutschland eigentlich handelt. Daß gerade die Erklärung des Kriegsministers so aus dem üblichen Rahmen herausfällt, wundert uns nicht. Wir haben nie daran geglaubt, daß die Vertreter des alten militäristischen Systems sich umlernen würden. (Lärm rechts, Durst links: Abheben!) Aber das wird anders werden. Die französischen und englischen Imperialisten haben bis in die letzten Stunden, weil sie glauben, daß Deutschland wehrlos erliegen würde, sie hoffen auf eine Zerstückelung Deutschlands. Unter diesem Gesichtspunkt war auch für uns der gestrige Tag einer der trübsten Tage. (Sehr richtig!) Die Redner der Nationalitäten verlangten die Abtretung selbst rein deutscher Gebiete. Gerade jetzt leben wir, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs schwerste bedroht ist. Aber auch die höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht zum Verzicht auf jede Kritik, nur darf es nicht ein beläbige moralistisches Wühlen in den Wunden des Reiches sein. (Zustimmung.) Das Haus brennt und der Abg. Noke hat gestern noch Öl ins Feuer gegossen. (Zustimmung.) Er hat dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaft sich einander in die Haare gerät. (Sehr richtig.) Wir aber wollen, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopf erhalten bleibt. (Beifall.) Deutschland hat in diesem Kriege schwer gelitten, aber soweit wir noch nicht, daß deutsche nationale Interessen leichtfertig geopfert werden müßten.

Wir werden nie auf die deutsche Stadt Danzig verzichten.

(Beifall.) Eine Abtretung der deutschen Kolonien an die Entente wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Völkerverständigung hat zur Voraussetzung, daß auch Deutschland an der Erschließung und Ausbeutung Afrikas einen gebührenden Anteil erhält. Jetzt kämpft Deutschland um seine nackte Existenz gegen feindliche Eroberungspläne. Niemand darf daher dem Vaterlande die Mittel verweigern, es war immer bedroht. (Lärm b. d. U.-Soz.): Auch als wir vor Paris standen? Jawohl, auch damals. Der gegnerische Kriegswille wird durch deutschen Verzicht nicht gebrochen, das leben wir jetzt.

Kaiser Volk ist gar nicht verzagt.

Aufkommendegebröchen sind in der Tat nur die Junker und ihre Herrscher. Nicht Scheidemann und Erzberger haben das Waffenstillstandsangebot gemacht, sondern der Kronrat mit Hindenburg und Ludendorff. Nicht die Konföderativen haben Abrechnung zu fordern, wir werden sie fordern. Graf Westarp hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben. Heute liegt die Sache so, daß es unendlich wäre, zu verschweigen, daß Volk im Volk nur eine große Feste des Trügers der Krone auslösen würde.

Staatssekretär des Innern Trimborn: Gestern ist eine Verammlung der Deutschen Friedensgesellschaft politisch verhindert worden. Ich stehe nicht an, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß diese Verammlung nicht zustande gekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß zu folgender Erklärung: Zunächst stelle ich fest, daß die Verammlung der früheren Kriegesminister vom 8. Juli 1918 betreffend Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften aufgehoben worden ist. (Beifall.) Damit ist dem Verlangen der Mehrheit dieses Hauses Rechnung getragen. (Beifall.) Weiter habe ich zu erklären: Versammlungen der Friedensgesellschaften sollen in der Folge gestattet werden. Ich werde dafür sorgen, daß gemäß dem Programm der Regierung die Bestimmungen über Versammlungen

Belagerungszustand genau durchgeführt werden. Verboten, die nicht geeignet sind, oder sich nicht für geeignet halten, bei der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewissenhaft und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte auszuscheiden. (Lebhafter Beifall.) Die Einseitigkeit der Reichsregierung wird auch auf diesem Gebiete unter allen Umständen gewährleistet werden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Abg. Reich (kont.) beklagt, daß die Konfessionen in den letzten 40 Jahren regiert hätten.

Abg. Ledebour (N. Soz.): Hindenburg und Ludendorff hätten schon früher und nicht erst jetzt voraussehen müssen, daß es nicht weiter ging. Als er die Forderung aufstellt, daß der unheilvolle Einfluß des Kaisers beseitigt werden müsse, wird er zur Ordnung gerufen. Er sagt noch hinzu, daß seine Partei nicht einzelne Personen bekämpfe, sondern die Abschaffung des ganzen monarchischen Systems verlange. Wenn die Voten sich auf sprachliche Details berufen, so können sie auf Oberflächlichen Ansprüchen erheben, aber nicht auf Danks und Bewundern.

Bischof v. Bayern: Der Vorredner hat einen kürzlich von einer russischen Zeitung veröffentlichten Brief des Kaisers an den Kaiser einzuholen. (An dem Briefe spricht sich der Kaiser abfällig über die sozialdemokratische und Zentrumspartei des Reichstages aus.) Dieser Brief liegt aber 21 Jahre zurück und einzelne Äußerungen haben nichts zu bedeuten gegenüber der klaren Stellungnahme des Kaisers zu der Neugeistaltung im Reich und in Preußen.

Nachdem nach Kriegsminister Schell die Äußerungen des Abg. Kossel zurückgewiesen hatte, wird die Aussprache geschlossen. Es folgen verschiedene Bemerkungen, woraus das Haus sofort in die zweite Lesung eintritt. Die beiden Verfassungsnovellen wurden mit dem Zusatzantrag der Reichstagsparteien angenommen, wonach zu jeder Kriegserklärung auch die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich ist. Staatssekretär Trimborn hatte namens der Regierung die Zustimmung dazu erklärt.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung das Vertrauensvotum für den Reichskanzler mit 193 gegen 52 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten Konfessionale und Unabhängige Sozialisten, während sich die Voten der Stimme enthielten.

Morgen dritte Beratung.

Polen, Elßässer, Dänen.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

—dt. Berlin, 24. Oktober.

Man darf wohl sagen, daß die gestrige Reichstags-Sitzung die früheste seit dem Bestehen des Reiches gewesen ist; denn was auch immer im Reichstagsgebäude verhandelt worden ist, letzten Endes ging es doch um Größe und Einheit des Vaterlandes. Der gestrige Tag gehörte den Verfassern des Reiches, gehörte jenen, die nie mit ihrem Dasein bei uns waren und die nun, auf den Ruf Wilsons, dem Deutschen Reich in der Stunde der Not und Gefahr Hilfe anboten. Dieser nationaler Schmerz war auf den Mienen der Männer zu lesen, die als Vertreter des deutschen Volkes die Ansprüche der Polen, Elßässer und Dänen anhören mußten, aus denen trotz mancher Verhüllungen der Zurückhaltung doch der Ruf erklang: Los vom Reich.

Eine recht unerfreuliche Rede, der man die Freude an dem Mißgeschick des Vaterlandes förmlich anmerkte, leitete die ewig denkwürdige Sitzung ein. Herr Haase rief an allen Wunden, aus denen wir jetzt bluten, er schürte jeden Haß, unterstrich jeden Fehler der inneren und äußeren Politik und malte in den schwärzesten Farben den Zusammenbruch des alten Systems, ohne auch nur den Versuch zu machen, der neuen Regierung den guten Willen zum fundamentalen Neubau zuzubilligen. Diese ungeheuerliche Rede eines deutschen Volksvertreters hat den Boden für die kommenden Erklärungen vorbereitet.

Als erster trat der Abg. Dr. Stuchlik auf den Plan, um die Forderungen der Polen zu vertreten. Nicht wie früher verlangten sie innerhalb des Reiches Gleichstellung mit den anderen Staatsbürgern, nicht mehr Anerkennung ihrer Eigenart, sondern galtweg die Loslösung vom Reich, dem sie doch, was ihnen auch sonst mißfallen haben mag, genau so Gebelben und Blüte verdanken, wie jedes Mensch Erbe, das Bismarcks Weisheitband einst zum stolzen Bau des Deutschen Reiches zusammenfügte. Der große Staatsrechtler jenseits des Ozeans hat die Noten zu der Melodie geschrieben, die der Redner gestern spielte. Er machte nicht einzelne Forderungen geltend, aber seine Ausführungen ließen keinen Zweifel daran, welche Ansprüche seine Deute erhoben und wenn noch jemand im Zweifel sein konnte, so klärte ihn die Bemerkung des Redners auf, daß aller Widerspruch (gegen die Abtretung unheimlichen Bodens) nur die Lust der Entente erhöhe, noch schärfere Garantien von Deutschland zu verlangen.

Und wie diese Rede eine glatte Abgabe an das Reich, die Ankündigung des unverrücklichen Willens zur Los-

lösung war, so waren auch die Darlegungen des Abg. Ricklin, der für die Elßässer sprach, eine unbedingte Verneinung des Reichsgebanten. Der Präsident der Zweiten elßässischen Kammer hob hervor, daß die Neuordnung in Elßaß-Vorbringen die Stimmung der Bevölkerung nicht in deutschvölkischem Sinne beeinflussen könne. Man wußte, daß der Abgeordnete seit je mit seinem Herzen heimlich jenseits der Bogen weile und war dennoch schmerzhaft überrascht, daß er in dieser unendlich bitteren Stunde sein verdägliches Wort fand, das geeignet gewesen wäre, die Bitternis seiner Erklärungen erträglich zu machen. Mit starker Betonung schloß er, daß Elßaß-Vorbringen selbst über sein Schicksal bestimmen werde, denn durch Annahme der 14 Punkte Wilsons (wie sehr wird er doch von allen geliebt, die Deutschland haßten!) sei die elßaß-lothringische Frage eine internationale Frage geworden. Nach diesen Reden vermochte die Erklärung des Abg. Hansen, daß er im Namen der Dänen die Lösung der norddeutschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlange, kaum noch tiefen Eindruck zu machen.

Ein wenig Licht über diese grauen Stunden goß die Rede des Grafen Posadowsky, der sich zwar gegen das parlamentarische Regime erklärte, der neuen Zeit und ihren Forderungen aber Gerechtigkeit widerfahren ließ. Im Mittelpunkt des Tages aber stand die Rede des Bischofs v. Bayern, der nach Herrn Haase das Wort ergriff und seine maßlosen Angriffe zurückwies, um dann die neue Regierung eingehend und mit auffallender Schärfe gegen die Ausführungen des Grafen v. Westarp vom Vortage zu verteidigen. Wer auf dem Boden der neuen Zeit steht, wer die Neuordnung der Dinge bei uns für unerlässlich hält, wird den Ausführungen des Bischofs zustimmen, die ein erneutes Bekenntnis zum Recht des mündig gewordenen Volkes und zu der Notwendigkeit der Mitregierung der weitesten Kreise darstellt. Mit Recht durfte Herr v. Bayern schließen, daß die neue Regierung mit der Ruhe eines guten Gewissens der ersten Entscheidung des Reichstages als eines Gerichtshofes entgegenstehe.

Es war der schwärzeste Tag in der Geschichte des deutschen Reichsparlamentes. Aber wenn auch Schmerz auf allen Gesichtern zu lesen war, so doch auch wieder Hoffnung, daß wir auch durch diese Stunden hindurchkommen und ganz und gar auf uns selbst gestellt, unser Leben als Volk neubauen werden.

Die Antwort der Regierung.

Dr. Solf über die Nationalitätenfrage.

In der Reichstags-Sitzung vom 24. antwortete Staatssekretär des Innern Dr. Solf auf die Wünsche der Polen, Elßässer und Dänen. Er führte aus: Die Regierung ist gefestigt von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundzüge des Präsidenten Wilsons ehrlich durchzuführen beabsichtige. Die Regierung weiß jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. Nachdem sie sich in ihrer Antwort an den Präsidenten auf der Boden seiner Vorschläge gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln.

Was Elßaß-Lothringen und Polen anbetrifft, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Länder unter den 14 Punkten des Wilsonschen Programms ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regelung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind.

Überhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche Programm als die Grundlage des Gesamtfriedensvertrages angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen hin und in allen seinen Punkten loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen. (Lebhafter Beifall.) Wenn aber der Herr Abg. Hansen behauptet, daß wegen der norddeutschen Frage aus dem Prager Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde auf eine Volksabstimmung, so muß die Regierung diese Rechtsansprüche als irrtümlich ablehnen. Der Prager Frieden schuf endgültige völkerrechtliche Ansprüche lediglich zwischen den Vertragsteilen und diese Ansprüche sind im Jahre 1878 durch die Vereinbarungen aufgehoben. Außerdem liegt seitens der dänischen Regierung eine Anerkennung dieser Ausübung durch den sogenannten Optantenvertrag vom Jahre 1907 vor.

Der Herr Abgeordnete Ricklin hat dann ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elßaß-Lothringen eingeleitete Neuorganisation der Dinge. Die Regierung wird sich durch diese Kritik nicht abhalten lassen, den für gut und richtig erkannten Weg weiter fortzuschreiten. (Bravo.) Dem elßaß-lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden.

die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit, aus denen die jetzige Regierung hervorgegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner politischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichsständischen Abgeordneten verfolgt hat. (Drill Drill) Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer anderweitigen Lösung der elßaß-lothringischen Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Redner der polnischen Fraktion hat es unternommen, aus dem Punkte 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat zu begründen. Demgegenüber erklärte ich: Die deutsche Regierung hat, wie bereits betont, das Programm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich angenommen. Dies Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Verständigung und will nicht neue Gegenstände und neue Kriege entstehen lassen.

Wenn der Redner der polnischen Fraktion erraten sich, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2 bis 3 % polnischer Bevölkerung für das zukünftige Polen beansprucht, so steht er sich in schreiendem Gegensatz zu den Grundgedanken des Präsidenten Wilson (Lebhafter Beifall). Nach diesen Grundgedanken sollen nur Gebiete mit ungeweihter polnischer Bevölkerung mit dem unabhängigen polnischen Staate vereinigt werden. An keiner Stelle des Programms ist gesagt, daß auch unbestreitbar deutsche Bevölkerungsteile einem künftigen Polen angegliedert werden sollen. (Sehr richtig.) Eine derartige Auslegung des Tages von dem freien geschätzten und zuverlässigen Jüngling zur See nicht im Sinne einer internationalen Vereinbarung, sondern im Sinne einer territorialen Eroberung völkerverfremdeter Länder widerspricht dem von Präsident Wilson verkündeten Recht der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr.) Die polnischen Ansprüche sollten auch polnischseits in Einklang gebracht werden mit dem Grundsatz, wonach nicht neue Elemente von Jost und Gegnerschaft erzeugt werden dürfen, die den Frieden Europas und damit der ganzen Welt wieder stören würden. (Sehr wahr.)

Ich kann dem Redner der Polen nicht verhehlen, daß das Reichsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewaltsame Verletzung der Grundzüge des neuen Völkerrechts aufs schwerste verletzt werden würde. (Sehr richtig.) Gewalttätig sind die Ansprüche auf Landstriche, die durch Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reich verknüpft sind. Glauben Sie mir, meine Herren, die deutsche Regierung wird bei der Verhandlung dieser schwierigen Fragen sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Voten und jeder Vergewaltigung der Deutschen, jeder Lösung widerlegen, die ein Zusammenleben beider benachteiligten Völker unmöglich machen und zu neuem Haß, neuem Haß und neuen Konflikten führen müssen. (Bravo.) Wenn nun der polnische Redner auch Erklärungen aus den Kriegsjahren herleitet und in schärfster Form Kritik geübt hat an gewissen Maßnahmen der preussischen Verwaltung, so brauche ich wohl nur daran zu erinnern, was in diesem Kriege das deutsche Volk und das deutsche Heer mit Gut und Blut getan hat, bis es überhaupt möglich wurde, auf die Weltform zu treten, auf der die Freiheit von Polen jetzt geschaffen werden soll. (Sturm. Beifall.) (Abg. Kossakow: Geraubt und geplündert haben sie!) (Großer Lärm rechts.) — Präsident Behrensdorf ruft den Abg. Kossakow zur Ordnung. Es kommt zu einem stürmischen Zusammenstoß mit den Polen.) Staatssekretär Dr. Solf fortfahrend: Es wird mir von polnischer Seite schwer gemacht. Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur polnischen Frage auch den Herren von der polnischen Fraktion bekannt ist, hat den ersten ehrlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernden friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel liegt zweifellos auch im Interesse des polnischen Volkes, das zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung die Beziehungen zum Westen nötig hat. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn es ehrlich von beiden Seiten angestrebt wird. (Sturm. Beifall.)

Politische Rundschau.

+ In letzter Zeit werden häufig Eingaben und Beschwerden in Rensur- und Versammlungsangelegen-

Rose Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

O ja, Henning und Josta würden gut zusammenstimmen. Diese beiden Menschen mußten einander sympathisch sein, daß war er gewiß. Und diese Gewissheit freute ihn herzlich. Er liebte seinen um zehn Jahre jüngeren Bruder sehr innig, war er ihm doch Vater und Bruder zugleich gewesen, und nie war bisher die leiseste Trübung in ihrem innigen Verhältnis gewesen. Sie verstanden sich sehr gut, trotzdem Henning in seiner übermütigen, sonntigen und lebenslustigen Art sehr verschieden war von der ernsten, stillen Art des älteren Bruders.

Gleich nachdem Graf Rainer sein Frühstück eingenommen hatte, beantwortete er die Briefe seines Bruders und seiner Braut. Dann ließ er sich sein Reitpferd vorführen.

Als er durch den Park ritt und an dem Witwenhaus vorbeikam, sah er den Administrator Heilmann mit einigen Arbeitern. Es wurden Leitern aufgerichtet. Am Dach des Witwenhauses sollte eine Reparatur vorgenommen und mancherlei mußte vorgerichtet werden.

Als Heilmann den Grafen sah, trat er an ihn heran.

„Es müssen einige Zimmer frisch tapeziert werden“, Herr Graf. „Vielleicht sehen Sie sich das selbst einmal an.“, sagte er. Graf Rainer stieg vom Pferde, band es an einen Baum und trat mit Heilmann ins Haus.

Daselbst war vollständig eingerichtet mit guten, alten holländischen Möbeln aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. So lange stand das Witwenhaus schon. Es war schon verschiedene Male bewohnt gewesen und wurde auch in der Zwischenzeit immer lieblich instand gehalten. Trotzdem mußten verschiedene Schäden ausgebessert werden.

Graf Rainer beauftragte alle Zimmer gründlich und machte es Heilmann zur Aufgabe, daß alles sorgsam repariert werden sollte.

„Wünschen Sie die Tapeten auszusuchen, Herr Graf, oder soll ich die Proben der Frau Gräfin vorlegen lassen?“ fragte Heilmann.

Graf Rainer überlegte einen Augenblick.

„Natürlich soll die Frau Gräfin selbst wählen. Lassen Sie die Proben schicken und sorgen Sie dafür, daß sie zu mir gebracht werden. Ich will sie der Frau Gräfin selbst vorlegen und ihr bei der Auswahl helfen.“

„Das soll geschehen, Herr Graf.“

Dieser ritt dann weiter.

Und er nahm sich vor, mit Gräfin Gerlinde über die Umsiedlung zu sprechen, sobald die Tapetenproben eingetroffen sein würden. Dann ergab sich die Ankündigung von selbst.

Auch Heilmann entfernte sich, nachdem er den Arbeitern die nötigen Instruktionen gegeben hatte. Bald darauf trat Gräfin Gerlinde ihren gewohnten Morgen Spaziergang an. Sie ging nach dem Park hinüber. Heute trug sie ein elegantes, hellrotes Aufkleid aus zartgrauer Farbe mit weißer Garnierung und großen weißen Knöpfen verziert. Ein sehr kleidsamer flatter Gürtel vervollständigte diesen Anzug, in dem sie sehr jugendlich, wenn auch nicht so königlich ausah, wie in ihren langen Schlepproben.

Auf ihrem Spaziergang kam sie auch heute in die Nähe des Witwenhauses. Und plötzlich hörte sie lautes Händeln und das Rufen von Männerstimmen. Sie suchte und trat rasch um eine Gebüschgruppe herum auf den freien Rasenplatz vor dem Witwenhaus. Und da sah sie zwei Arbeiter auf dem Dache und einen, der die Holzstiele der Geranda mit Lackfarbe anstrich.

Sie zuckte wie unter einem Schläge zusammen und starrte mit großen, entsetzten Augen auf diese Vorbereitungen. Ihr Gesicht wurde totenbleich, und die Lippen pressten sich zusammen, als müßten sie einen Aufschrei unterdrücken.

O ja — sie war feinfühlig genug, um zu merken, was diese Vorbereitungen zu bedeuten hatten. Da riefte man schon in aller Eile für ihren Umzug. Man fand es an der Zeit, sie ins Exil zu schicken. Graf Rainer hielt es schändlich gar nicht erst für nötig, sie vorzubereiten. Es erschien ihm selbstver-

ständlich, daß sie gehen mußte, um dem unreifen Dinge Platz zu machen.

Wie sie das trankte und demütigte! Sie biß die Zähne im wilden Grimm aufeinander und ballte im ohnmächtigen Zorn die Hände. Noch tiefer fraß sich der Haß in ihre Seele auf Josta von Waldow. Das Händeln der Arbeiter bohrte sich schmerzhaft in ihren Kopf.

„Es ist, als nagelten sie mir den Sarg“, dachte sie erschauernd.

Und schweren Schrittes ging sie ins Schloß zurück, mit bleichem Antlitz und unheimlich funkelnden Augen. Sie mußte erst einmal ihren Grimm in ihren Zimmern austoben, wo er keine Feigen hatte.

Eine kostbare Majolikavase ging dabei in Scherben, und das kleine Epigrammentuch fand die Rose später, in Fetzen gerissen und zu einem Knäuel geballt, auf dem Fußboden.

Es war nicht das erste Mal, daß Hanna solche Zeichen einer unbeherrschten Stunde ihrer Herrin beiseite räumen mußte. Und Hanna konnte sich jetzt sehr gut in den Seelenzustand der Gräfin Gerlinde hineinsetzen. Auch sie war nicht mit Graf Rainers Verlobung einverstanden, denn sie sah magere Tage für sich kommen, als Joste der entthronten Herrin.

Bei der Mittagstafel sah jedoch Gräfin Gerlinde ihrem Wetter anscheinend ruhig gegenüber.

Sie hatte Zeit gehabt, sich zu fassen. Und da sie nun genau wußte, daß sie aus dem Schloße verbannt werden sollte, zog sie es vor, die Initiative selbst zu ergreifen. Es war immerhin besser, sie ging ansehend freiwillig ins Exil, als daß sie dahin geschickt wurde.

Aber sie schwor es sich zu, all diese Schmerzen und Demütigungen sollte ihr Josta von Waldow büßen.

Als die Suppe aufgetragen war, sagte sie mit einem resignierten, sanften Lächeln: „Lieber Vetter, sobald ich von deiner Verlobungsfest aus der Residenz zurück bin, will ich dann auch meine Uebersiedlung in das Witwenhaus vorbereiten. Du hast wohl die Güte, einmal nachsehen zu lassen, ob dort alles in Ordnung ist.“ —

(Fortsetzung folgt.)

auf Grund des Gesetzes über den Belagerungs-
stand unmittelbar an den Reichskanzler, seinen Stell-
vertreter oder an das Reichsamt des Innern gerichtet.
Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über
den Kriegszustand vom 4. Dezember 1818 sind solche
Verordnungen, die den zuständigen Militärbehörden ein-
zuordnen. Diese leisten sie an den Obermilitärbehörden ein-
zuordnen, der im Einverständnis mit dem Reichskanzler Ent-
scheidung trifft. Es ist daher dringend zu empfehlen, alle
Verordnungen auf Grund des Kriegszustandes an den zu-
ständigen Militärbehörden einzureichen, da andernfalls
eine unnötige Verzögerung in der Angelegenheit entsteht.

Aus Straßburg gemeldet wird, hat die Regierung
beschlossen, beide Kammern des elsass-lothringischen Land-
tages baldigst einzuberufen. Der Termin der Einberufung
wird von dem Zeitpunkt der Räumung des zurzeit als
unzureichend betrachteten Landtagsgebäudes ab, was voraussichtlich
innerhalb der nächsten vierzehn Tage stattfinden wird.
Die Landtage werden mehrere wichtige Gegenstände
in die Tagesordnung in den Reichslanden vorzulegen werden.

Die Parlamentarisierung in Sachsen macht schnelle
Schritte. Nachdem das gleiche, direkte und geheime
Stimmrecht nach dem Verhältniswahlrecht gesichert ist, be-
trachtet man mit der Reform der Ersten Kammer und einer
Umgestaltung der Regierung. Finanzminister v. Seydewitz
und Kultusminister Dr. Wed haben ihre Entlassung nach-
gesucht. In den letzten Ministerberatungen in Gegenwart
des Königs und des Kronprinzen ist die Errichtung eines
Rechtsministeriums beschlossen worden, an dessen Spitze
ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter kommen soll.
Die Umgestaltung des Kabinetts wird schnellstens ge-
schehen, da sich die neuen Kammern bereits dem zusam-
menfassenden Landtag präsentieren sollen.

Oesterreich-Ungarn.

Im ungarischen Parlament erklärte sich Minister-
präsident Weterer für die Fortsetzung der Friedens-
unterhandlungen. Es gelte jetzt aber alle Kräfte der Nation
für Landesverteidigung zusammenzufassen. Deshalb werde
das Kabinett zurücktreten. Bis zum Eintritt eines neuen
Kabinetts solle das Kabinett dafür sorgen, daß die ungarischen
Bedürfnisse in der Heimat zurückkommen, um die Landes-
grenzen zu schützen.

Polen.

Die Kabinettsbildung ist immer noch nicht vollzogen
und wird angesichts der allgemeinen politischen Lage auch
noch auf sich warten lassen. Inzwischen beginnt der
Streit um die Präsidentschaft der zwischenparteilichen
Kommission, Ministerpräsident werden. Die
Polen haben durch ihre Vertreter erklären lassen,
daß sie sich dem Programm dieses zwischenparteilichen
Kabinetts anschließen. Den Posten des Ministers des Aus-
wärtigen soll der Abgeordnete Senda, nach einer anderen
Ansicht der Legationsrat der österreichischen Gesandtschaft
in Bern, Strucinski, erhalten. Man sieht, daß die Dinge
nicht im Fluß sind und daß man noch nicht weiß, wie sie
gestalten werden.

Holland.

Die Regierung hat bei der Zweiten Kammer einen
Antrag für eine Anleihe von 350 Millionen Gulden
eingereicht. Die Anleihe wird mit 5% verzinst werden.
Nicht weniger als 300 Millionen gezeichnet werden,
wobei eine Zwangsanleihe erfolgen, wobei Personen,
die über 75 000 Gulden Vermögen oder über 10 000 Gulden
Einkommen haben, sich nach ihrem Vermögen oder Ein-
kommen beteiligen müssen. Diese Zwangsanleihe wird
mit 3 1/2% verzinst. Die aufzubringenden Summen sollen
für allen Dingen zur Deckung der Mehraufwendungen
während des Krieges verwendet werden.

Türkei.

Aus der Programmrede des neuen Großwesirs ist
zu entnehmen, daß die Regierung ihre vornehmste Aufgabe
in der Herbeiführung eines Friedens sieht, der dem Lande
Ruhe gibt, die es seit acht Jahren durch fort-
währende Kriege entbehrt. Vor allem soll durch Reformen
das innere Gleichgewicht hergestellt und der Friede mit
den Feinden auf der Grundlage des Wilsonschen Programms
herbeigeführt werden. Die Kammer hat dem Kabinett
einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Aus In- und Ausland.

Wien, 24. Okt. Die österreichische Antwort an Wilson,
die in den nächsten Tagen abgefaßt werden soll, wird auf
die Reformbewegung hinweisen, deren Entwicklung gewisse
Bedingungen, und daß daher eine Abhängigmachung der
österreichischen und Friedensverhandlungen davon nicht
möglich wäre.

Saga, 24. Okt. In Manchester führte Sir Stoken aus,
daß Steinkohlenproblem in England könne in diesem
Jahre nicht gelöst werden, wenn nicht bald Frieden geschlossen
wäre.

Der Krieg.

Überall erfolgreiche Abwehr.

Alle Landeseinwohner nehmen teil an den Angriffen.
Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 24. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Ost-Niederung dauern Teilkämpfe an. Süd-
westlich von Dinzig schlug die seit 14. 10. im Kampf
beteiligte 52. Reserve-Division unter Generalleutnant
Wolff erneute Angriffe des Feindes an der Bahn
Königs-Briegel ab. Von beiden Seiten von Dichte fechten wir
in vorletzter Nacht vom Gegner etwas ab und schlugen
den Feind, der gestern in der Gegend von Ratteftraat an-
griff, zurück.

Auf feindlicher Seite haben sich belastete Landesein-
wohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tournai und Valen-
ciennes lagen unter englischem Feuer. Bei Tournai und
in der Schelde-Niederung erfolgten erfolgreiche Vorfeldkämpfe.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau nahm der
Kriegslauf mit frisch eingeleiteten Divisionen auf fast 30
Kilometer breiter Front seine mit großen Zielen ange-
legten Angriffe wieder auf. Am Harpies-Grunde ist kein
Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wieder-
holten Angriffen stieß er im Laufe des Tages beiderseits
von Romeries bis in Gegend von St. Martin und
Calais und mit Teilen auf Beaumignies vor.

In der Mitte der Scheldefront brachten wir den
Feind in der Linie Voig-Bouffes zum Stehen. Südlich
von Bouffes haben die schon in den letzten Schlachten be-
sonders bewährten Nachschutruppen weiteren Vordringen
des Gegners verhindert. Südlich von Le Cateau sind
mehrere Anführer des Gegners tödlich erschossen.

Zwischen Bonmereuil und Catillon kämpfende schleswig-
holsteinische, mecklenburgische, hanseatische und württem-
bergische Regimenter haben gegen gewaltige Übermacht
ihre Stellungen behauptet. Das Püßler-Regiment Nr. 122
unter seinem Kommandeur, Oberst v. Alberti, hat hier be-
sonders geleistet. Südlich von Catillon blieben die gegen
den Sambre-Dise-Kanal vordringenden Angriffe vor diesem
in unserem Feuer liegen.

Zwischen Dife und Serre zeitweilige Artilleriekämpfe,
dem auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe
folgten. Sie wurden in unserem Feuer und durch Gegen-
stöße abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den
Sambre-Abchnitt nördlich von Bierrepoint scheiterten. Das
eng bewohnte und mit Flüchtlingen angefüllte Montcornet
liegt unter starkem französischen Feuer.

Ostlich der Maas beschränkte sich der Feind gestern
auf sehr starke durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe.
Bayern und Württemberg und württembergische Pioniere
haben die Höhen nördlich von Boulers gegen vier-
maligen Ansturm gehalten. Ostlich von Boulers taten
sich in den letzten Kämpfen Teile der 1. Garde-In-
fanterie-Division unter Major Graf v. Eulenburg besonders
hervor. Zwischen Elzy und Grandpré schlugen elsass-
lothringische und bestische Regimenter feindliche Angriffe
ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Infanterie-
Regiment Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kom-
mandeur Major Stebbe besonders bewährte.

Auf beiden Maudufers nahmen die Angriffe der
Amerikaner wieder größeren Umfang an. Aus den
Wäldern von Vanheville und nördlich von Cunel stießen
sie mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet
gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen und er-
litten in unserem zusammengefaßten Feuer besonders
schwere Verluste.

Ostlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die
Baldhöhen beiderseits der Straße Consemoye-Damvillers
bis zum Abend an. In hartem Kampf und in erfolg-
reichen Gegenstößen warfen brandenburgische und
sächsische Bataillone den mehrfach ansturmenden Ameri-
kaner zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. In heftigen Gebirgs-
kämpfen haben unsere Nachbarn das Bezirken neuer
Stellungen beiderseits von Barafin gesichert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf über
die Kriegsanleihe:

Es ist mir unverständlich, daß manche
glauben, durch den Wechsel der Regierung
oder in der Reichstagsvertretung könnte
die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im
geringsten gefährdet sein.

Joef

Eine neue Offensive Fochs?

Berlin, 25. Okt. Laut „Berl. Lok.-Anz.“ aus
Genf läßt Clemenceau im „Homme Libre“ erklären, daß
Foch seine Reserven für eine neue Offensive zusammen-
ziehe, die sich an die Kämpfe um Valenciennes und
Tournai anschließen werde.

Kleine Kriegsspieler.

Stettin, 24. Okt. Zum stellvertretenden Kommandierenden
General in Stettin ist, wie verlautet, an Stelle des von seinem
Posten schiedenden Generals v. Vietinghoff gen. Scheel der
Generalleutnant v. Borries ernannt worden.

Genf, 24. Okt. Französischen Blättern zufolge wird die
Entente die neutrale Kommission, die das Vorgehen der
deutschen Truppen in Nordfrankreich und Belgien feststellen
soll, nicht vorbehaltslos anerkennen.

Vom Tage.

Hilfe für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 24. Okt. (WB) Den Blättern zufolge
erklärte der deutsche Botschafter Graf Wedel gegenüber
den deutsch-österreichischen Parlamentariern, die in den
Ernährungsangelegenheiten bei ihm vorsprachen, daß die
Konstituierung Deutsch-Oesterreichs in ganz Deutschland
begeisterter Widerhall finde und von allen reichsdeutschen
Parteien warmstens begrüßt werde. Deutschland werde
sein Möglichstes ausbieten, um Deutsch-Oesterreich in der
Ernährungslage zu unterstützen und ihm Getreide, Kar-
toffeln usw. zur Verfügung stellen.

Annahme des gleichen Wahlrechts im Herrenhause.

Berlin, 24. Okt. Das preussische Herrenhaus nahm in
seiner heutigen Sitzung die drei Wahlrechtsvorlagen mit
den Abänderungsbeschlüssen der Kommission (Regierungs-
vorlage mit Sicherungsbestimmungen) en bloc und unter
Stimmhaltung der alten Fraktion an.

Die vom Hause beschlossene Ausschließung des Fürsten
Richtomsky ist vom König bestätigt worden. Bei der Er-
gänzung des Präsidiums wurden Fürst Salm-Salm und
Oberbürger Wermuth zu Vizepräsidenten gewählt.

Erkrankung des Grafen Schwerin-Bowitz.

Berlin, 24. Okt. Graf Schwerin-Bowitz, der Präsident
des preussischen Abgeordnetenhauses, des Deutschen Land-
wirtschaftsrates und des Landesökonomikollegiums, ist an
der Grippe erkrankt und muß das Bett hüten. Es ist ihm
leider in der nächsten Zeit unmöglich, seinen vielseitigen Ver-
pflichtungen nachzukommen.

Kein Privatpaketverkehr mit Belgien.

Berlin, 24. Okt. Der Privatpaketverkehr von und nach
dem Generalgouvernement Belgien muß bis auf weiteres ein-
gestellt werden. Die Reichs-Postämter und deutschen Post-
anstalten in Belgien haben daher Anweisung erhalten, Privat-
Pakete nicht mehr anzunehmen.

Deutsch-österreichische Kommission in Berlin.

Wien, 24. Okt. Die Abgeordneten Renner, Schreyer,
Friedmann, Fink, Dr. v. Longenban, Baron Band begaben
sich im Auftrag des Völkischen Ausschusses der deutschen
Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei den maß-
gebenden Stellen für die Ernährungsfragen vorzusprechen.

Graf Karolyi ungarischer Ministerpräsident.

Wien, 24. Okt. Wie verlautet, ist Graf Karolyi zum
Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt, Graf Julius
Andrássy zum Minister des Auswärtigen.

Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen.

Wien, 24. Okt. Zwischen dem deutschen und tschechischen
Nationalrat werden in den nächsten Tagen die Verhandlungen
beginnen unter Aufsicht der bisherigen R. und R.
Regierung.

Konstituierung des ukrainischen Staates.

Wien, 24. Okt. Wie die Blätter berichten, erklären gestern
das Präsidium der ukrainischen Konstituante beim Minister-
präsidenten Juszkewitsch, um ihm zur Kenntnis zu bringen, daß
sich der unabhängige ukrainische Staat, der sich über alle
ethnographisch ukrainischen Gebiete der Monarchie erstreckt,
konstituiert habe. Der Ministerpräsident nahm die Erklärung
zur Kenntnis.

Kroatien in der Hand des Nationalrats.

Budapest, 24. Okt. Im Abgeordnetenhaus wurde mit-
geteilt, in Kroatien sei die bisherige Ordnung aufgehoben.
Der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben hat
die Zentralgewalt übernommen. Die serbischen Kriegs-
gefangenen wurden freigelassen.

Neues Ministerium und Wehrpflicht für Polen.

Warschau, 24. Okt. Das neue Ministerium hat sich ge-
bildet: Premierminister Smolenski, Außenminister: Dr. Grom-
bowski, Innenminister: Chojnowski (Warschau), Unterstaatssekretär
Innenminister: Witold Gellertowski, früherer Rechtsanwalt in Warschau,
Landwirtschaft: Wladislaw Grabski, Finanzen: Dr. Englich
(Warschau), Direktor der Bank Zwoniowski, früherer Rechtsanwalt.
Das Ministerium für Krieg ist bis dahin referiert.

Der polnische Regimentsrat hat in einer Rundgebung
die allgemeine Wehrpflicht proklamiert und sofort den Zah-
gang 1897 einberufen. Zehn Kommissionen im Lande sollen
die militärische Einziehung organisieren. Daneben soll die
freiwillige Werbung weitergehen.

Friedensstimmung der Londoner Börse.

Saga, 24. Okt. Die Ausführungen der deutschen Note
wurden an der Londoner Börse als Fortschritt für die Friedens-
ausichten aufgenommen.

In Ostende nichts gescheitert.

Genf, 24. Okt. Aus De Haave wird gemeldet, in Ostende
sei nichts gescheitert außer der Wasserleitung und den elektrischen
Werken.

Aus Rab und Fern.

Herborn, den 25. Oktober 1918.

* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt der
Landsturmann Albert Weisgerber von hier.

* (Jubiläum.) Herr Direktor Hopf, der lang-
jährige Leiter unserer Präparandenanstalt, begeht am
morgenden Tag sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Ein
halbes Jahrhundert treuer, verantwortungsvoller Arbeit
liegt hinter ihm, und nahezu 1500 Schüler haben zu
seinen Füßen gesessen, um für den edlen Beruf, Bildner
und Erzieher der Jugend und des Volkes zu sein, die
grundlegende Vorbereitung zu empfangen. Mit hoher
Achtung haben sie zu ihrem Lehrer aufgeschaut, der mit
fester Hand sie leitete, der ihnen ein leuchtendes Vor-
bild des Fleißes und der Gewissenhaftigkeit bot und
mit einer Gründlichkeit an ihnen arbeitete, die ihr spä-
teres Fortkommen sicherte. Wenn nicht der Ernst der
Zeit uns die Veranstaltung einer öffentlichen Feier ver-
bot, so hätte es sich gar mancher dieser ehemaligen
Schüler nicht nehmen lassen, persönlich hier zu erscheinen
um seinem geliebten Lehrer zum Ehrentage den Gruß
der Dankbarkeit und Treue zu entbieten — Herr Di-
rektor Hopf wurde am 1. Oktober 1874 als Lehrer an
die hiesige königliche Präparandenanstalt berufen, nach-
dem er seit 1868 an den Stadtschulen in Schlüchtern
und Schmalkalden gewirkt hatte. Nach kurzer Zeit
wurde ihm die Leitung der Anstalt übertragen, welche
er noch heute mit Sicherheit und Erfolg handhabt. 44
Jahre schon weilt der Subilar in unseren Mauern,
und er gehört zu den geachteten und beliebtesten Bür-
gern unserer Stadt. Hat er doch allezeit mit der Ein-
wohnerschaft in engster Fühlung gestanden. Neben sei-
ner unermüdbaren Tätigkeit in der Schule, der er seine
beste Kraft widmete, fand er doch noch Zeit und Lust,
am öffentlichen Leben den regsten Anteil zu nehmen.
Wo es galt, eine edle Bestrebung zu fördern, das Gute
zu pflegen und dem Schönen zu huldigen, da stellte
er seine Kraft zur Verfügung. Darum hörte man gern
seinen Rat, und der Jubilar hatte die Ehre, lange Jahre
den Vorständen gemeinnütziger Vereine, sowie der städti-
schen Vertretung anzugehören. — Obwohl der verehrte
Lehrer sich nach der Ruhe des Feierabends sehnte, ver-
harrte er doch treu auf seinem Posten in dem Bewußt-
sein, daß in dieser schweren Zeit keiner dem Vaterland
seinen Dienst versagen darf. So freuen wir uns, ihn
an seinem Jubeltage noch in rüstiger Kraft mitten in
der Arbeit zu sehen, und bringen ihm in tiefer Dank-
barkeit und hoher Wertschätzung die herzlichsten Grüße
und Wünsche dar. Möchte dem treuen Manne nach
langem, arbeitsreichen Lebenstage ein schöner und ge-
segnetter Lebensabend beschieden sein!

* (Der Preissturz auf dem Weinmarkt.)
Die Angst vor dem Frieden — so lassen sich die „Trif-
f.“ schreiben — hat am Rhein, in Rheinhessen, an
der Mosel schlimmer wie die Peronospora in den schlim-
sten Jahren gehaust. Seit dem 5. Oktober ist es in den
Weinbaugebieten unheimlich still geworden. Es finden
kaum noch Verkäufe statt und wenn wirklich ein Ge-
schäft zustande kommt, dann bleibt es weit hinter den
bisherigen Preisen zurück. Der Handel verhält sich vor-
erst gänzlich abwartend. Die politische Lage scheint die
Käufer endlich zur Besinnung gebracht zu haben. Wo
ein Geschäft zustande kommt, vollzieht es sich unter An-
geboten, die bereits bis auf die Hälfte und noch weniger
der bisherigen Preise gesunken sind. In sachverständi-
gen Kreisen herrscht die Ueberzeugung vor, daß auch
bei den Versteigerungen die Zeit der enormen Kriegs-
preise endgültig vorbei ist.

Biedenkopf, 23. Okt. Am Montag nachmit-
tag zwischen 3 und 4 Uhr überflogen, wie bereits im
Heeresbericht erwähnt wurde, mehrere feindliche
Flieger das Lahntal und insbesondere unseren Kreis.
Die Flieger kamen aus südlicher Richtung über Wehlar,
wo sie in einer Lannenschönung im freien Felde eine
Bombe abwarfen. Von der Stärke des Geschosses
zeugt der von ihm ausgeworfene Trichter, welcher eine
Breite von etwa 8 Meter bei einer Tiefe von etwa 3
bis 4 Metern besaß. Auch unterhalb Altschhausen fiel

eine Bombe in die Wiesen am linken Lahnufer. Weiter wurden bei Königsberg und Bermoll Bomben abgeworfen. Ueber den Orten Hartenrod, Günterod und Endbach wurden die Flieger von deutschen Fliegern in einen Kampf verwickelt, bei dem ein Flugzeug abgeschossen wurde. Das Flugzeug stürzte bei Endbach brennend ab, beide Insassen sind tot. In Niederweibach fiel eine Bombe in die Nähe der Kirche, ohne wesentlichen Schaden anzurichten. In der Steinperfer Gemarkung zwischen Steinperfer und Bottenhorn wurde eine weitere Bombe abgeworfen. In nächster Nähe Bucheckern sammelnde Kinder kamen mit dem Schrecken davon. Zwei der feindlichen Flieger nahmen den Weg über unsere Kreisstadt, um dann lahnabwärts in südlicher Richtung zu verschwinden. (Hintl. Anz.)

Langenschwalbach. Zur Bekämpfung der Grippe wurden sämtliche Schulen des Untertaunuskreises auf 14 Tage geschlossen.

Frankfurt a. M. Nachtquartier nur gegen Bürgerstellung ist das Neueste, was von den Fremden im Hotel und im Gasthaus verlangt wird: Kann. Es ist dies eine notwendige Maßnahme gegen die vielen Bettwälder-Diebstähle, die einen unheimlichen Umfang angenommen haben. Der Betrag wird am Morgen nach der Kontrolle des Fremdenzimmers wieder zurückbezahlt.

Mainz, 24. Okt. (Amtl.) Heute nacht erfolgten zwei Fliegerangriffe auf die offene Stadt Wiesbaden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa sieben Bomben abgeworfen. Es entstand nicht unerheblicher Sachschaden an Privathäusern. Soweit bis jetzt bekannt, wurden fünf Personen, die sich in einem dieser Häuser befanden haben, vermisst, acht weitere Personen sind verletzt. — In dem Badeort Wiesbaden, in dem zurzeit Tausende von Verwundeten und Kranken Erholung suchen, befinden sich keinerlei militärische Ziele, die den Angriff auf die Stadt irgendwie rechtfertigen könnten.

Aus Rheinhessen. Der Preis des neuen Weines geht doch stark zurück. Bereits kann man in einer Reihe Weinorten das Viertelliter Wein für 50 Pfennig bis 1 Mark erhalten. Die Preise stellen sich für die 1200 Liter 1918er bei den letzten Verkäufen verschiedentlich auf 3000—4000 Mk. Viele Winzer legen ihren Most ein. Auch die 1917er gehen im Preise zurück.

Berlin, 25. Okt. Dem „Berl. Tgl.“ zufolge stieg der Nachtzug München—Augsburg—Berlin infolge dichten Nebels in der Station Donaumünch auf den rückwärtigen Teil eines Güterzuges, welcher nach Jugoslawien fuhr. Es entgleiste die Lokomotive des Schnellzuges. Vier Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert. Fünf Reisende wurden erheblich verletzt.

Letzte Nachrichten.

Keine neue Antwort an Wilson.

Berlin, 25. Okt. (TU) Wie das „Berl. Tgl.“ hört, trat noch gestern Abend das Kriegskabinett zu längeren Beratungen über die neue Antwort des Präsidenten Wilson zusammen. Es verlautet, daß die Regierung nicht beabsichtigt, nun wiederum ihrerseits eine Antwort darauf an den Präsidenten abzugeben, da sich nunmehr die Entente in der Frage der Waffenstillstandsverhandlungen zu äußern hat. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Regierung im Reichstage eine offizielle Erklärung über ihre Auffassung der Wilsonnote abgeben wird.

Kundgebungen der Konservativen.

Berlin, 25. Okt. (TU) Die konservative Fraktion des Herrenhauses beabsichtigt in der morgigen Sitzung des Herrenhauses eine Kundgebung zur Wilsonnote und zu denjenigen Punkten des Wilsonschen Programms, die sich auf Preußen beziehen, herbeizuführen.

Berlin, 25. Okt. (TU) Die konservative Fraktion des Reichstages hat dem Reichskanzler einen Beschluß überreicht, in dem es heißt: In der Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Abtreckung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer, die völlige Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden gefordert. Deutschland soll zuerst entehrt und wehrlos gemacht, und dann vernichtet werden. Die Annahme dieser Bedingungen würde auf Geschlechter hinaus jeden Deutschen politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Sklaverei ausliefern. Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutungen zurückweist. Die Sicherheit des Reiches erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft. Regierung und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen. Noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feinde, der die bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum äußersten.

Gnadenerlaß.

Berlin, 25. Okt. (TU) Durch allerhöchsten Gnadenerlaß sind die Personen, die vom Reichsgericht wegen politischer, mit den innerpolitischen Verhältnissen zusammenhängender Verfehlungen, insbesondere wegen Herbeiführung oder Begünstigung von Streiks bestraft worden sind, die gegen sie erkannten Freiheits- und öffentlichen Strafen in vollem Umfange erlassen worden.

Gedankenaustausch zwischen Foch und Clemenceau.

Genf, 25. Okt. (TU) Aus Paris wird gemeldet: In den Wandelgängen der Kammer verlautet, daß ein Depeschenwechsel zwischen Clemenceau und Foch über die letzten Ereignisse stattgefunden habe. Foch habe grundsätzlich die Absicht betont, alle errungenen Vorteile bei einem Waffenstillstand zu sichern, sofern der Feind ehrlich und ohne Ausflüchte bereit sei.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Gemüseversorgung.

Morgen, Samstag vormittag Ausgabe von Weißkraut am Güterbahnhof.

Nr. 78—130 von 8—9 Uhr,

Nr. 131—180 von 9—10 Uhr,

Nr. 181—230 von 10—11 Uhr,

Nr. 231—250 von 11—12 Uhr.

Preis 8 Mark der Zentner. — Das bereits ausgegebene Weißkraut wird auch zu diesem Preise berechnet und für zuviel gezahlten Betrag Weißkraut nachgeliefert. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Herborn, den 25. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Polizeiliche Anordnung.

Mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten vom 17. Juli 1917 und unter Hinweis auf den Zusatz von § 1 der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 6. Mai 1881 wird für den Stadtbezirk Herborn hiermit folgendes angeordnet:

Von heute ab bis auf weiteres wird das Betreten sämtlicher Wiesen, Acker und Gärten, sowie der Feld- und Gewannwege von abends 6 Uhr bis morgens 7 Uhr für Jedermann (auch für Eigentümer) verboten.

Zu widerhandlungen werden auf Grund der Regierungs-Polizei-Verordnung bestraft.

Herborn, den 24. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Feuerwehr-Hauptübung.

Die nächste Hauptübung der gesamten Feuerwehr wird auf

Sonntag, den 27. ds. Mts., vormittags 8 Uhr festgesetzt.

Alle Abteilungen haben pünktlich zu erscheinen, sich bei den Aufbewahrungsräumen ihrer Geräte zu sammeln und weiteres abzuwarten.

Hornsignal wird nicht gegeben.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß alle männliche Personen bis zum 60. Lebensjahre zu erscheinen haben.

Fernbleiben ohne genügende Entschuldigung wird bestraft.

Genügend begründete Befreiungsgesuche sind rechtzeitig bei dem mitunterzeichneten Brandmeister anzubringen.

Herborn, den 22. Oktober 1918.

Der Stellvert. Brandmeister: Der Bürgermeister:

W. Hoffmann. Birkendahl.

Für die Erledigung eines umfangreichen Schriftwechsels wird ein

Fräulein

ge sucht, das Fertigkeit in Kurzschrift und Maschinenschreiben (Continental oder Unterwood) durch längere Übung in der Praxis besitzt. Kenntnisse in allgemeinen Büroarbeiten und gute Auffassungsgabe erforderlich. — Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe, wann Eintritt erfolgen kann, unter N. N. 1811 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Einen zuverlässigen

Nachtwächter

für die Fabrik gesucht.

Gebr. Neuendorff, Herborn.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900* in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Bucheckernsammlung.

Dem Unterzeichneten ist die Leitung einer

Einkaufsstelle für Bucheckern

übertragen worden. Schulen und Private aus den Orten Herborn, Herbornseelbach, Amdorf, Burg, Udersbach und Merkenbach können an jedem Wochentag vormittags von 11—12 Uhr die Bucheckern in der hiesigen Volksschule abliefern. Das Kilogramm wendbarer Bucheckern wird mit 1,65 Mk. bezahlt. Außerdem erhält der Ablieferer einen Delbezugschein oder einen Schlagschein. Auf den Delbezugschein kann er sich 6% des an den Ortseinkäufer abgelieferten Gewichtes der Bucheckern an Speiseöl zum festgesetzten Preis bei der Kreisölverteilungsstelle kaufen. Auf den Schlagschein kann er ebensoviel Bucheln schlagen lassen, als abgeliefert hat.

Die abzuliefernden Bucheckern müssen von allen Gemengungen gereinigt, voll entwickelt und gesund sein; können waldfrisch, müssen aber an der Oberfläche gut getrocknet sein.

Rektor Schumann.

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche per sofort oder später

Mädchen

oder Aushilfe.

Frau Apotheker Wenel.

Suche für baldigst ein in Küche und Hauswesen durchaus erfahrendes

Mädchen

oder einfache Stütze.

Nur solche, die wirklich treu und zuverlässig sind, wollen ihre Zuschriften richten unter N. N. 1 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Hilfe vorhanden.

Jüngeres, solides, fleißiges

Mädchen

vom Lande alsbald für meinen kleinen Haushalt (3 Pers.) gesucht.

Frau Pfarrer Roth, Buhbach in Hessen.

Suche für meinen kinderlosen Haushalt (2 Personen) ein ordentliches, im Haushalt erfahrendes

Mädchen.

Angebote mit Lohnansprüchen an

Frau Zahnarzt Kadejch, Bad Langenschwalbach bei Wiesbaden.

Landhaus

oder kleines Geschäfts- haus in Herborn oder Uffg. gegen zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angebote unter N. 18 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten, worauf mündliche Aussprache erfolgen kann.

Tüchtiges, selbständiges Mädchen

im Kochen bewandert, für einen Haushalt von 4 Personen gesucht.

Villa König, Dillenburg.

Kontoristin.

zuverl. u. treu, mit schönem flott. Handschr., in Stenographie u. Schreibm. (Adler) bewandert, sicher in Kontoführung für ein Kontor in Dillenburg zum 1. od. 15. D. ges. Bewerb. mit Zeugnisabschr. unt. N. N. 3724 an die Geschäftsstelle der Zeitung, Dillenburg.

Kleine, aus 2 Personen bestehende Familie sucht

3-Zimmerwohnung

mit Küche und Zubehör zum 1. oder 15. November.

Angebote unter N. N. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wetzlar - Braunfels Konsum - Verein.

Sofortige Bestellungen an

Weißkraut

u. gelbe Rüben

werden noch angenommen.

Der Vorstand.

Wir suchen.

für kaufmännische Kapazitäten verkäuf. Händler jeder Art und an jedem Platz speziell Villen und Landhäuser mit Garten, landl. Objekte, Bäume und Geschäftshäuser, Baumgüter usw.

Grundstücks-Offerten-Verlag Frankfurt a. M., Schäfferp.

Gefunden:

1 Geldbeutel mit Inhalt. Die Polizei-Verwaltung.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 27. Oktober (22. n. Trinitatis)

Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Weber

Lieder: 168, 284

1 Uhr: Kindergottesdienst

2 Uhr: Hr. Pfr. Conrad

Lied: 284

Abends 8 1/2 Uhr: Versamml. im Vereinshaus

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst

Amdorf:

4 Uhr: Hr. Pfr. Conrad

Tausen und Trauungen: Herr Pfarrer Conrad

Mittwoch nachmittag 2 Uhr: Missionskonferenz in der Kirche: Hr. Pfr. Conrad

von Oberroßbach und Herr Missionsinspektor Hoffmann von Barmen.

4 Uhr: Versammlung im Vereinshaus: Hr. Missionsinspektor Hoffmann

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Jünglingsverein

Donnerstag abds. 8 1/2 Uhr: Kriegsbettstunde i. d. Aula